

# Kein Geld, keine Stellen

## Unabs-LUST-RCDS-AStA:

## Vorschläge für weitere Stellenstreichung

Eines der neueren staatlichen Sparprojekte, in diesem Fall seitens der rot-grünen Landesregierung, heißt »Qualitätspakt«. Abseits jeder Augenwischerei des Wissenschaftsministeriums beinhaltet er einfach die Streichung von 2000 Stellen an den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen. Von den Streichungen wird überwiegend der wissenschaftliche Nachwuchs betroffen sein.

Gestrichen wird dabei insbesondere in angeblich »gesellschaftlich unwichtigen« Fächern. Als solche verstanden werden beispielsweise Geistes- und Erziehungswissenschaften, die nicht unmittelbar Profitinteressen dienen; in solchen Bereichen werden teilweise ganze Institute geschlossen.

Wer entscheidet, wo genau gekürzt wird? Bis zum 31. Oktober 1999 erstellen die Universitäten selbst »Strukturpläne«, die dann von einem demokratisch nicht legitimierten »Expertenrat« überprüft werden, und zwar nach Kriterien wie Wettbewerbsfähigkeit oder »Forschungsqualität«. Letztere wird daran gemessen, wieviel »Drittmittel«, also u.a. Gelder aus der Wirtschaft, das jeweilige Fach bekommt – also wie interessant es bestimmten Konzernen erscheint oder deren Interessen dient.

Die Ausrichtung an Interessen der herrschenden Ökonomie wird auch an einer anderen Stelle deutlich: 1000 der 2000 Stellen sollen gegenfinanziert werden, d.h., das Geld fließt an die Universitäten zurück. Diese Gelder werden aber wiederum nur »gesellschaftlich bedeutsamen« Fachbereichen zur Verfügung gestellt – primär für Sachmittel, nicht für neue Stellen. Zusätzlich wurde die Gegenfinanzierung von der schriftlichen Zustimmung der Hochschulen zum »Qualitätspakt« abhängig gemacht, bei Nichtzustimmung würde zudem noch radikaler gekürzt. Die Universitäten ließen sich erpressen und haben den Stellenstreichungen, wenn auch unter Protest, zugestimmt.

Zusammenfassend läßt sich sagen: Das Studium wird noch stärker als bisher Interessen der Verwertung und des Profits unterworfen, die Wahlfreiheit der Studienfächer durch die Schließung von Instituten eingeschränkt. Die sowieso miserable Betreuungsrelation – schon jetzt kommen in Nordrhein-Westfalen auf 70 StudentInnen nur ein ProfessorIn – wird sich weiter verschlechtern. Das bedeutet dann überfüllte Hörsäle und Seminare sowie ein »anonymes« Studium. Langfristig wird das erfahrungsgemäß den Auftrieb geben, die für eine Reduzierung der Studierendenzahl eintreten, und das hieße: die Selektionsmechanismen wie Nu-



merus Clausus und Bafög-Kürzungen werden verstärkt, so dass noch weniger Menschen als heute ihr Recht auf Bildung wahrnehmen können.

Der derzeitige AStA aus Unabhängigen, RCDS und LUST hat mehrfach verkündet, er wolle »mehr hochschulpolitische« Themen in Angriff nehmen. Dem Qualitätspakt sind dann auch in der Rückmeldung ab und zu einige Zeilen gewidmet, in denen wir wie am 30. August erfahren, wie schlecht die NRW-Wissenschaftsministerin Behler aussieht.

Die Kritik des AStA am »Qualitätspakt«, formuliert von Leif Kniggendorf (LUST) in einem Rundbrief an die Fachschaften, geht in eine völlig falsche Richtung. Dort wird das Vorhaben, »den wirtschaftlichen Leistungsbegriff auf universitärer Ebene zu etablieren«, kritisiert, jedoch mit der Begründung, »die dafür benötigten Parameter« ließen »sich für Hochschulen nur sehr schwer formulieren«. Die Ausrichtung an den Interessen des Kapitals wird nicht kritisiert, sondern nur, dass sie schwer umsetzbar sei. Und wenn nicht? Stimmt der AStA zu, wenn die geeigneten »Bewertungskriterien« gefunden sind? Gegen den »wirtschaftlichen Leistungsbegriff« scheint er ja prinzipiell nichts zu haben.

Des weiteren wird zwar kritisch angemerkt, dass Bildung der »jeweiligen industriellen Standortpolitik« unterworfen wird. Aber im nächsten Satz wird das wieder dahingehend eingeschränkt, dass »ethische Betrachtungen unseres Umgangs mit den Wissenschaften« »müßig« seien. In der-

*Fortsetzung Seite 2*

## Zeit für den Wechsel

Die Bundesregierung hat es vorgemacht: in nur vier Monaten das Bild einer Dilettantentruppe glaubwürdig zu vertreten. Der seit Juni amtierende AStA, gestützt von Unabs, LUST, RCDS und LHG, nahm sich Rot-Grün wohl zum Vorbild.

Bereits ein erstes Interview des neuen AStA-Vorsitzenden Oliver Ullrich (*philtrat* Nr. 29, nachzulesen unter [www.philtrat.de](http://www.philtrat.de)) illustrierte die Richtung. »Keine Gedanken gemacht«, »noch nicht im Detail geplant«, »noch gar nicht beschäftigt« – solche Äußerungen finden sich zuhauf. Auch in der Folgezeit hat sich nichts geändert. Die AStA-Zeitung *Rückmeldung* belegt in jeder Ausgabe auf das neue, dass das aktuelle AStA-Team mit seinen Aufgaben vollkommen überfordert ist. Den Stil dieser Publikation mit einer SchülerInnenzeitung zu vergleichen, wäre unfair – den SchülerInnen gegenüber. »Kindergartensprache« trifft es besser.

Politische Aktivitäten sind praktisch nicht zu vermelden, hingegen eine Reihe von Peinlichkeiten und Auslassungen. Anstelle sich im Reformprozeß des studentischen Dachverbandes zu engagieren (siehe Beitrag im Heft), intrigierte der AStA lieber gegen einen politisch mißliebigen Bewerber für die Koordination der ASten in NRW. Anstelle energisch gegen die Stellenstreichungs- und Entdemokratisierungspläne der NRW-Landesregierung vorzugehen, gefiel sich der AStA-Vorsitzende in billigen, sexistischen Beschimpfungen gegen Ministerin Behler (»wie viele Eimer Gips der Maskenbildner hier gebraucht hat«, *Rückmeldung* 30.8.1999). Rechnungen aus der Zeit des Vorgänger-AStA, deren Bezahlung rechtsverbindlich zugesagt wurde, weigern sich die Mächtigen-PolitikerInnen aus der Universitätsstraße zu begleichen, so dass wahrscheinlich bald die Zivilgerichte tätig werden müssen.

Mit studentischen Geldern sollen die AStA-ReferentInnen nun Rhetorikkurse verpaßt bekommen. Zuvor wäre allerdings ein Grundkurs »Was ist Politik?« dringend fällig.

Vom 29.11. bis zum 3.12. finden die nächsten Wahlen zum StudentInnenparlament statt. Damit die AStA-Laienspielschar nicht noch weiteren Schaden anrichten kann, ist der Wechsel fällig. Deshalb bei der nächsten Wahl Alternative Liste wählen!

Fortsetzung von Seite 1

selben Stellungnahme vertritt der AStA selbst Standort-Parolen: Kritisiert wird, das Betreuungsverhältnis in Nordrhein-Westfalen sei im Bundesdurchschnitt sehr schlecht; des weiteren würde eine StudentIn in Thüringen angeblich viel mehr »kosten« als eineR in Nordrhein-Westfalen. Wozu diese Vergleiche? Es drängt sich der Verdacht auf, es solle suggeriert werden, dass nicht weniger gespart werden darf, sondern dass z.B. in Thüringen zu unseren Gunsten gespart werden soll.

Völlig an der Sache vorbei geht auch die Kritik, die Stellenstreichungen seien »das ungeeignetste Mittel, den Bildungsstandort Deutschland zu modernisieren« (*Rückmeldung* vom 13.9.1999). Der »Qualitätspakt« ist also nur das falsche Mittel. Prinzipiell ist es anscheinend richtig, »Deutschland« in nationalistischer Standort-Manier für den »globalen« Konkurrenzkampf fitzuspritzen. Es geht dem AStA nicht um emanzipatorische Bildung, und schon gar nicht für alle Menschen.

In diesem Zusammenhang sind dann wohl auch die zahlreichen Äußerungen des AStA zu verstehen, er sei eine reine »Interessenvertretung der StudentInnen« (z.B. in *Rückmeldung* vom 19. April 1999). Soll also z.B. bei der Sozialhilfe statt bei den Universitäten gekürzt werden?

Zumindest tritt der AStA in keiner Weise der sich aufdrängenden Meinung entgegen, dass hier Menschen gegeneinander ausgespielt werden sollen: NRW gegen Thüringen, Deutschland gegen andere Staaten, Studierende gegen Nicht-Studierende. Damit wird seine Kritik am »Qualitätspakt« aber zur wirkungslosen Interessenpolitik, der eben andere Interessen entgegenstehen.

Es geht aber darum, mit anderen von Kürzungen betroffenen Menschen solidarisch gegen die umfassende staatliche Verelendungspolitik anzugehen. Entscheidend für eine Kritik des »Qualitätspakts« ist, den sogenannten »Sparzwang«, der eben nicht nur die Hochschulen betrifft, als selbstproduzierten Sachzwang anzugreifen. Ob CDU/FDP oder Rosagrün: Die Besteuerung der Besserverdienenden wurde gezielt gesenkt (z.B. Einkommenssteuer) und deshalb sind die öffentlichen Haushalte in einer »Krise«. Es ist jedoch offensichtlich, dass sich – vorwiegend in privater Hand und in der von Unternehmen – reichlich Geld befindet, dass die Profite fließen und genug materielle Mittel zur Verfügung stehen könnten, Bildung für alle zu bezahlen.

Solche Kritiken liegen dem jetzigen AStA jedoch fern. Eine Resolution der FH, der PH und der Sporthochschule Köln, die solche Zusammenhänge aufzeigte, wurde von VertreterInnen des AStA angegriffen. Selbiger AStA vertritt die Sparpolitik auch selber: So gab es unter ihm massive Kürzungen des studentischen Haushalts, viele Projekte des früheren linken AStAs wurden sogar ersatzlos gestrichen.

Zu allem Überflus unterstützt der AStA die staatliche Kürzungspolitik auch noch: So wolle er z.B. dem »Expertenrat« »eine weitere Zusammenlegung von Lehrstuhlsekretariaten oder Bibliotheken« vorschlagen. »Allein durch die Schaffung einer Zentralbibliothek in der Philosophischen oder der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät könnte schon ein großer Teil der hier »fälligen« Stellen abgegolten werden« (*Rückmeldung* vom 30. August). Die Landesregierung wird sich für diesen Tipp bedanken.

Florian Kappeler

## Verwaltungsgericht Köln:

# BANKfög verfassungswidrig?

In seiner Sitzung vom 10. Juli 1999 hat das Verwaltungsgericht Köln (22. Kammer) beschlossen, eine Teilregelung des 18. BAföG-Änderungsgesetzes, nämlich die zur studentischen Gremientätigkeit, dem Bundesverfassungsgericht zur Überprüfung vorzulegen.

Inzwischen hat die 22. Kammer des Verwaltungsgerichts Köln ungefähr fünfzig Klagen gegen das 18. BAföG-Änderungsgesetz aus dem Juli 1996, das für zahlreiche StudentInnen Ausbildungsförderung durch verzinsliches Bankdarlehen zur Folge hat, verhandelt.

Mit dieser Novellierung des BAföG im Juli 1996 hatte die damalige CDU/FDP-Koalition eine Ausbildungsförderung durch verzinsliche Bankdarlehen eingeführt. Betroffen waren davon Fälle von Verlängerung der Studienzeit durch Fachrichtungswechsel, Zweit- und Ergänzungsstudien, Krankheit, Auslandsaufenthalt und Tätigkeit in studentischen sowie universitären Gremien.

Die rot-grüne Koalition machte im 20. BAföG-Änderungsgesetz (Juli 1999) entgegen anders lautender Wahlversprechen und unter Missachtung des Koalitionsvertrags nur einen Bruchteil dieser Verschlechterungen rückgängig. Die 20. BAföG-Novelle fand im Gegensatz zur 18. BAföG-Novelle im entscheidenden Punkt, nämlich hinsichtlich des BANKfög, keine rückwirkende Anwendung. Deshalb befinden sich nach wie vor zahlreiche BANKfög-Opfer auf dem Weg durch die Instanzen.

Die diesbezüglichen Urteilsverkündungen des Kölner Verwaltungsgerichts brachten bislang nicht viel Neues, da die unterste Liga der Verwaltungsjustiz häufig keine spektakulären Entscheidungen wagt, sondern sich weitestgehend politischen Vorgaben beugt: In den meisten Fallgruppen wurde negativ beschieden.

Während in der bisherigen gerichtlichen Auseinandersetzung also alle Gerichte – so auch das Verwaltungsgericht Köln – in den von ihnen entschiedenen Fällen das 18. BAföG-Änderungsgesetz

für verfassungskonform hielten, kam es nun zu einer bemerkenswerten Entscheidung: Für den Fall der Studienzeitverlängerung im Hinblick auf eine frühere Mitarbeit in der StudentInnenschaft vertrat das Verwaltungsgericht Köln die Auffassung, dass in den Fällen, in denen diese Gremientätigkeit vor dem 17. Juli 1996 (Verkündung des 18. BAföG-Änderungsgesetzes) begonnen hatte, die StudentInnen Vertrauensschutz genießen und sie nicht damit rechnen mussten, zu einem späteren Zeitpunkt wegen dieser Tätigkeit BAföG nur noch als verzinsliches Bankdarlehen zu erhalten.

Das Verwaltungsgericht Köln hielt in diesem Fall den Vertrauensschutz für schützenswerter als das Fiskalinteresse des Staates, da nach dem Hochschulrahmengesetz (HRG) und ihm folgend den Landeshochschulgesetzen (LHG) die Mitarbeit von StudentInnen in Hochschulgremien verpflichtend ist und weiterhin ausdrücklich geregelt ist, dass aus der Mitarbeit in solchen Gremien keine Nachteile entstehen dürfen.

Diese Entscheidung ist zumindest dahingehend ein Hoffnungsschimmer, dass evtl. über die einzelne Fallgruppe »Gremientätigkeit« hinaus auch weitere Klagen zumindest beim Bundesverfassungsgericht erfolgreich sein könnten.

Die sozialpolitisch angemessenste Lösung wäre sicherlich, wenn die rot-grüne Bundesregierung eingedenk ihrer früheren Kritik an der BAföG-Änderung durch die CDU/FDP-Koalition nunmehr die entsprechenden Änderungen insgesamt rückgängig machte und eine derartige Regelung sich auch auf die in der Vergangenheit betroffenen BAföG-EmpfängerInnen erstreckte. Angesichts ungewisser Berufsperspektiven sind immer weniger StudentInnen bereit, sich – unter anderem durch verzinsliche Bankdarlehen – stark zu verschulden. Darum dürfen die Gefördertenquoten nicht weiter sinken, und eine elternunabhängige Existenzsicherung muß her!

André Möller (BAföG-Beratung)



# Demonstrationsfreiheit außer Kraft

Am 2. Oktober ermöglichte es die sozialdemokratisch geführte Kölner Polizei faschistischen Kameradschaften, einen Aufmarsch durch die Kölner Innenstadt durchzuführen. Etwa 500 Nazis marschierten unter dem Schutz von 3200 PolizistInnen im Eigelsteinviertel für ihr Wahngelbilde, die Reinheit der deutschen Rasse. Sie konnten damit die Schlappe wettmachen, die sie am 22. Mai in Köln hatten einstecken müssen. Seinerzeit war ein Aufmarschversuch von 250 Nazis und NPD-Kadern gegen die Wehrmachtsausstellung durch antifaschistische Gegenaktionen verhindert worden.

Der aufwendige Polizeieinsatz mit doppelter Absperrkette, bereitgehaltenen Räumpanzern und der Sperrung einiger Hauptverkehrsstraßen hatte das vorgesehene Aufmarschgebiet ab morgens früh für die Nazis freigehalten. Etwa 1500 bis 2000 antifaschistische GegendemonstrantInnen wurden außerhalb der Polizeiketten festgehalten. Selbst BewohnerInnen des abgesperrten Viertels wurden zeitweise daran gehindert, ihre Wohnung aufzusuchen.

Der verantwortliche Leiter des Einsatzes, der jetzige Polizeipräsident und zukünftige Regierungspräsident Jürgen Roters (SPD) knüpfte damit an das während der EU- und Weltwirtschaftsgipfel erprobte Konzept an, durch erstickende Polizeipräsenz die Demonstrationsfreiheit außer Kraft zu set-

zen. Das war auch deshalb möglich, weil das städtische Establishment diesmal die Nazis ignorierte. Im Frühjahr hingegen war auch von den Lokalmedien, bürgerlichen Parteien und der Kölner Polizei gegen eine NPD-Demonstration argumentiert worden, weil man kurz vor den Gipfeln das Image der »weltoffenen Messe- und Kulturstadt« Köln nicht durch offen braune Töne beschädigt sehen wollte. Mit ihnen am 2. Oktober in den Vordergrund gestellten Inhalten wie der Beschränkung der Armutsmigration in die BRD und der Konzentration von Sozialleistungen und Arbeitsplatzvergabe auf Deutsche erregte die NPD in diesen Kreisen weniger Protest. Schließlich gehören solche Forderungen auch zum Programm von rosagrüner Bundesregierung und neuer CDU-Stadtführung.

So waren die AntifaschistInnen auf sich allein gestellt. Die dennoch bemerkenswerte Zahl von Protestierenden darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass mit konzeptionslosem Herumlaufen in dezentralen Kleingruppen und dem Appellieren an eine bessere »kölsche Mentalität« der nächste durchorganisierte Naziaufmarsch hinter Polizeiketten nicht verhindert oder nennenswert gestört werden kann. »Köln« wird sich genausowenig »quer« stellen, wie »Rostock«, »Hoyerswerda« oder »Solingen«.

Dieter Asselhoven



## Abt.: Wissenschaft und Wahnsinn Filmreihe gegen Gentechnik

Die Kölner Region droht, zur Gentechnik-Hochburg zu werden. Nicht nur das Max-Planck-Institut (MPI), auch die Universität (Biologie) und einige Firmen wie BAYER oder Madaus bedrohen Menschen und Natur mit Genforschung und demnächst auch Genproduktion. Landes- und Bundesregierungen fördern diese Vorhaben mit Millionen von Mark.

Die Stadt Köln setzt auf den Ausbau der Gentechnik als vermeintlicher Wachstumsbranche. Ihr wichtigstes Projekt: das rechtsrheinische Gentechnikzentrum in Köln-Kalk. Medien, Wissenschaft und Politik behaupten, dass der Gentechnik-Zug abgefahren sei. Aber die Ablehnung insbesondere von gentechnisch veränderten Nahrungsmitteln und Manipulationen am menschlichen Erbgut ist nach wie vor weit verbreitet.

Die vorhergesagten phantastischen Umsätze mit Gentechnik-Produkten sind bisher nicht Realität geworden. Internationale Boykotte gegen Gen-Soja und die Massenaktionen von indischen BäuerInnen gegen Gentechnik-Baumwolle haben dem Hersteller Monsanto inzwischen rote Zahlen in seiner Bilanz beschert. Nestles Gen-Riegel »Butterfinger« wird wieder vom Markt genommen. Wichtige Lebensmittelketten, darunter Aldi, erklärten anlässlich der Anuga ihren Ausstieg aus der Vermarktung von gentechnisch erzeugten Lebensmitteln. In einigen europäischen Ländern wurden Teilmoratorien durchgesetzt. Und immer neue Pannen wie im Juni 1998 ein Skandal um ge-

fälschte Meßergebnisse bei Versuchen im Kölner Max-Planck-Institut, stellen die Gentechnikforschung ins Zwielicht.

Die Gruppe »BürgerInnen beobachten Petunien« stellt in Zusammenarbeit mit dem Projektbereich Ökologie der Alternativen Liste durch eine regelmäßige Filmreihe aktuelle Themen aus der Auseinandersetzung um die Destruktivkraft Gentechnik vor und bieten einen öffentlichen Anlaufpunkt an für diejenigen, die in die Anti-Gentechnik-Diskussionen und -Arbeit reinschnuppern wollen oder sich vielleicht selbst am ökologischen Widerstand beteiligen möchten.

Die Filme werden jeden letzten Montag im Monat gezeigt, ab 19 Uhr im BürgerInnenzentrum »Alte Feuerwache«, Melchiorstr. 3 (neben dem StudentInnenwohnheim Sudermannplatz).

### Das Programm:

*Der Pannwitz-Blick* – ein Film von Didi Dankquart, mit Theresia Degener, Udo Sierck, Nati Radtke.  
Montag, 25. Oktober 1999

*GATTACA* – ein Film von Andrew Niccol, mit Ethan Hawke und Uma Thurman  
Montag, 29. November 1999

*Kartoffeln auf der Kippe* – ein Film von Christoph Corves und Delia Castineira  
Montag, 13. Dezember 1999

**AL-Plenum:**  
Dienstags, 20  
Uhr,  
Uni-Fachschaf-  
tenkonferenz,  
Universitätsstr. 16

### Impressum

Das AL-Info wird herausgegeben von der Alternativen Liste Uni Köln.

Redaktion: Dieter Asselhoven, Olaf Bartz, Dirk Eckert (V.i.S.d.P.), Patrick Hagen, Jutta Kahle

Layout: Dirk Eckert

### Postadresse:

Alternative Liste Uni Köln  
c/o AStA PH Köln  
Gronewaldstr. 2  
50931 Köln

### Hotlines:

0177/2006344 (Dieter)  
0179/4983877 (Maria)

Email: ars10@uni-koeln.de

### AL im Web:

www.uni-koeln.de/studenten/al

## AStA verschläft Entwicklung Reformprozeß im Dachverband fzs

Immerhin gibt es einen Dachverband der Studiendenschaften in der Bundesrepublik. Er heißt »freier Zusammenschluß von studentInnenschaften« (fzs) und hat bei weitem nicht die Bedeutung, die er eigentlich haben sollte.

Dem fzs gehören gut 60 der über 300 Studiendenschaften hierzulande an, in der Mehrzahl kleinere Fachhochschulen, so dass nur etwa ein Sechstel der 1,8 Millionen StudentInnen in der BRD repräsentiert sind. Auch der AStA der Uni Köln war bislang nicht Mitglied – aus gutem Grund. Denn die innere Struktur des fzs erwies sich seit seiner Gründung 1993 immer wieder als Hindernis für effektive politische Arbeit. Gleichzeitig lag der Mitgliedsbeitrag so hoch – für die Uni Köln wären es etwa 55000 Mark pro Jahr, dass das Verhältnis von Aufwand und Ertrag schlichtweg nicht attraktiv war.

In den letzten Monaten jedoch begann der fzs, Strukturreformen einzuleiten. Außerdem – und das ist von besonderer Bedeutung – schlossen sich über ein Dutzend ASten, die dem fzs nicht angehören, zusammen und formulierten eigene Reformvorschläge, nach deren Erfüllung sie einen Beitritt in die Wege leiten würden. Diese ASten-Gruppe repräsentiert beinahe so viele StudentInnen wie der fzs, so dass nach erfolgtem Beitritt der Dachverband seinen Namen wirklich verdiente.

## ABS gegen Gebühren

Die sozial- und bildungspolitische Errungenschaft des studiengebührenfreien Hochschulstudiums zu verteidigen: Diese Aufgabe hat sich das im April 1999 gegründete »Aktionsbündnis gegen Studiengebühren« (ABS) gestellt. In seiner Gründungsplattform »Krefelder Aufruf« wird ein eindeutiges Verbot von Studiengebühren im Hochschulrahmengesetz wie auch in den Länderhochschulgesetzen gefordert. Im Gegensatz zum begrifflichen Chaos in der öffentlichen Debatte verwendet das ABS eine klare Definition: Studiengebühren sind alle Kosten, die den StudentInnen durch ihre Einschreibung an einer Hochschule auferlegt werden und auf die Hochschulangehörigkeit im allgemeinen bezogen sind. Somit fällt z.B. auch der in Niedersachsen erhobene »Verwaltungskostenbeitrag« unter diese Definition – im Gegensatz zu Sozialbeiträgen wie für die Studierendenwerke, die Studiendenschaft oder ein Semesterticket.

Besonderen Wert legt das ABS darauf, dass unterschiedliche Bildungsbereiche nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Dass z.B. die LogopädInnenausbildung oder

Kernpunkte der Reform sind die Einrichtung einer hauptamtlichen Geschäftsführung beim fzs, die Senkung der Beiträge auf ein für alle bezahlbares Maß sowie eine verbesserte demokratische Repräsentanz der Mitglieder. Entscheidend für die weitere Entwicklung wird die nächste fzs-Versammlung Mitte November in Paderborn sein, und es bestehen realistische Chancen, dass die überregionale studentische Politik einen großen Schritt nach vorn machen kann.

Der amtierende AStA der Uni Köln hat die gesamte Entwicklung vollkommen verschlafen. Im Juni äußerte der AStA-Vorsitzende kurz nach seiner Wahl: »Wir werden auf jeden Fall mit ihm [dem fzs] reden. Ich persönlich weiß aber fast überhaupt nichts über den fzs.« Geschehen ist, wen wundert es, nichts. Der AStA der größten Hochschule der Bundesrepublik hat sich an der gesamten Diskussion überhaupt nicht beteiligt – ein Armutzeugnis. Die Alternative Liste hingegen war bei den Reformdebatten durch Beobachter vertreten und hat die gesamte Auseinandersetzung verfolgt. Falls die AL am nächsten AStA wieder beteiligt ist, wird sie sich dafür einsetzen, dass sich der AStA aktiv am Reformprozeß beteiligt – im Sinne eines aktiven, politisch handlungsfähigen studentischen Dachverbandes.

*Olaf Bartz*

Kindergartenplätze erhebliche Kosten für die NutzerInnen verursachen, ist keine Begründung für Studiengebühren – sondern verweist vielmehr auf abzustellende Mißstände in den genannten Sektoren.

Seit Gründung des ABS haben sich bereits eine Vielzahl von Organisationen angeschlossen. Die beteiligten Studierendenvertretungen repräsentieren 1,5 der 1,8 Millionen Studierenden hierzulande; weitere Unterstützer sind u.a. politische Hochschul- und Jugendverbände, GEW, PDS, der Allgemeine Deutsche Hochschulsportverband. Auch die Alternative Liste ist dabei.

Zur Zeit führt das ABS die bundesweite Unterschriftenaktion »Für ein gebührenfreies Studium!« an den Hochschulen durch. Zwei Hefte einer Schriftenreihe sind mittlerweile erschienen, zuletzt die Broschüre »Argumente gegen Studiengebühren«. Zweimal im Jahr erscheint eine bildungspolitische Zeitung, und für das Jahr 2000 ist ein Kongreß in Planung, der sich mit Bildungsfinanzierung »Von der Wiege bis zur Bahre« beschäftigen soll.

*Kontakt: ABS, Reuterstr. 44, 53113 Bonn, Tel. 0228/2427836, Fax: 0228/214924, E-Mail: abs@studis.de, Web: www.studis.de/abs*

### Unterschreiben für ein gebührenfreies Studium!

Das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) führt im laufenden Wintersemester eine bundesweite Unterschriftenaktion durch. Die Alternative Liste beteiligt sich daran. Die Unterschriftenlisten werden an den AL-Infotischen ausliegen; dort gibt es auch Informationsmaterial.

## Studiengebühren

Die Aktien der BefürworterInnen von Studiengebühren steigen wieder, der Kurssturz nach den studentischen Streiks Ende 1997 scheint überwunden. Bundesbildungsministerin Bulmahn will mit einem Staatsvertrag zwischen Bund und Ländern ein zeitlich befristetes Gebührenmoratorium erzielen – ein Konzept, das sie selbst noch wenige Monate zuvor als »billiges Manöver« bezeichnet hatte. Vorher hatte sie sich für ein Verbot von Studiengebühren im Hochschulrahmengesetz ausgesprochen.

In der Konsequenz haben die Studierenden in den Bundesländern, in denen es bereits Studiengebühren gibt, vorerst nichts zu erhoffen. Berlin und Niedersachsen verlangen Einschreibengebühren von z.Z. 100 Mark pro Semester. Baden-Württemberg besitzt ein sogenanntes Gutscheinformodell, nach dem momentan die ersten 14 Semester gebührenfrei sind, danach werden 1000 Mark pro Halbjahr fällig. Bayern bittet bei einem Zweitstudium zur Kasse. Und Niedersachsens Wissenschaftsminister Oppermann (SPD) hat jetzt vorgeschlagen, ab dem ersten Semester Gebühren in Höhe von ebenfalls 1000 Mark zu erheben – mit Ausnahmeregelungen für Kinder von weniger begüterten Eltern.

Sachlich spricht überhaupt nichts für Studiengebühren. Abgesehen davon, dass die eingenommenen Gelder nur ein Tropfen auf dem heißen Stein der Hochschulunterfinanzierung bedeuten würden, zeigen alle Erfahrungen, sei es mit dem BAföG oder mit dem australischen Studiengebührenmodell, zweierlei: Erstens werden durch Gebühren Angehörige der unteren Einkommensschichten vom Hochschulstudium effektiv abgeschreckt. Zweitens heißt es bei der Einführung immer, es seien umfassende Regelungen zur Sicherstellung einer vermeintlichen »Sozialverträglichkeit« getroffen. Doch davon verabschiedet man sich bei der Entdeckung des nächsten Loches in der Kasse ganz schnell.

Ohnehin steht nicht die Sorge um die Hochschulfinanzen im Vordergrund. In letzter Instanz sind die GebührenbefürworterInnen rein ideologisch motiviert. Das Bildungssystem als einer der bedeutendsten öffentlich-staatlich verfaßten Sektoren in der Bundesrepublik soll Marktmechanismen untergeordnet werden. Und in diesem Zusammenhang spielen Argumente wie »Recht auf Bildung« keine Rolle – hingegen stört es schlichtweg, wenn irgend eine »Leistung« in Anspruch genommen wird, ohne dafür zu bezahlen. Kein Wunder, dass in praktisch jeder Rede eines beliebigen Vertreters »der Wirtschaft«, in der es u.a. um Bildung geht, Studiengebühren gefordert werden.

Bei allen »Erfolgen« der Gebührenfans: Nichts wäre falscher, als die Auseinandersetzung schon verloren zu geben. Nach wie vor gilt es, SPD, Grüne auch die CDU unter starken Legitimationsdruck zu setzen. Beispielsweise mit der zur Zeit laufenden bundesweiten Unterschriftenaktion (siehe Kasten).

*Olaf Bartz*

*Olaf Bartz ist Geschäftsführer des Aktionsbündnisses gegen Studiengebühren.*